

Gerechte Wege zur sozialökologischen Transformation?!

Ein Dialog zwischen Sybille Bauriedl, Jonas Hein und Silja Klepp

Sybille Bauriedl, Jonas Hein & Silja Klepp

Die verschiedenen Beiträge des Sammelbandes illustrieren Gerechtigkeitsfragen, Machtverschiebungen und Konflikte im Kontext sozialökologischer Transformation(en). Sie verdeutlichen, dass Wandel Gewinner:innen und Verlierer:innen schafft. Abschließen möchten wir unseren Sammelband mit einem Gespräch mit Sybille Bauriedl. Sie ist Professorin für Integrative Geographie an der Europa Universität in Flensburg und beschäftigt sich seit vielen Jahren mit lokalen und globalen Umweltgerechtigkeitsfragen, sozialökologischen Transformationsprozessen und mit der Kontinuität kolonialer Strukturen. In unserem Gespräch werden wir zentrale Themen und Begriffe des Sammelbands diskutieren und reflektieren. Zunächst setzen wir uns mit Zielkonflikten und Zielzeitpunkten auseinander, darauf aufbauend mit intersektionalen Perspektiven, mit dem Begriff der *just transition*, mit Externalisierungen, räumlichen Konfiguration und Rassismus und abschließend mit Wegen zur Transformation. Dabei geht es auch um die Rolle von Wissenschaftler:innen und um neue Aufgaben für die Umweltgerechtigkeitsforschung.

Zielkonflikte und Zeitlichkeiten

Jonas Hein (JH): Danke, dass Du Zeit für uns gefunden hast, liebe Sybille!

Eine zentrale Frage, die an verschiedenen Stellen im Sammelband diskutiert wird, sind die Zielkonflikte der Transformation und wie diese Zielkonflikte mit Fragen der Umweltgerechtigkeit und der Klimagerechtigkeit zusam-

menhängen. Wir bewegen uns hier in einem deutschen Kontext, während die Umweltgerechtigkeitsforschung aus dem nordamerikanischen Raum kommt und sich stark aus der *racial justice*-Bewegung entwickelt hat. Sie ist um die Welt gereist und hat sich dabei auch weiter ausdifferenziert. Von sehr lokalen Konflikten hin zu Mehrebenen- und transnationalen Konflikten, bei einer gleichzeitigen Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Bewegungen. Es sind dabei auch neue Bewegungen entstanden, die sich stärker mit Umweltgerechtigkeitsfragen im ›globalen Süden‹ beschäftigt haben, z.B. *environmentalism of the poor*. Jetzt ist aus unserer Sicht das Transformationsthema im deutschsprachigen Raum besonders spannend und wie sich innerhalb dieses Wandlungsprozesses Gerechtigkeitsfragen verändern und neue Gewinner:innen und Verlierer:innen produziert werden. Das sehen wir, glaube ich, in verschiedenen Kapiteln immer wieder, mal impliziter, mal expliziter. Wir haben auch versucht es in der Einleitung aufzugreifen und es wäre schön, wenn wir in unserer Fazit-Diskussion auch darauf eingehen könnten.

Sybille Bauriedl (SB): Da würde ich gerne direkt drauf reagieren, weil du das Feld schon sehr breit aufgemacht hast und direkt deutlich gemacht hast, dass ihr mit dem Sammelband einen räumlichen Fokus auf Deutschland gesetzt habt und aufgefordert habt, Beispielfelder zu Zielkonflikten der Transformation im deutschsprachigen Raum zu präsentieren. Ich finde das sehr interessant. Deutschland ist ein spezifischer Raum, der durch eine lange Industrialisierungsphase und einen hohen durchschnittlichen Wohlstand gekennzeichnet ist. Damit liegt der Fokus auch auf einem nationalpolitischen Kontext der sozialökologischen Transformation. Diesen Raum habt ihr erstmal als politisches Handlungsfeld betrachtet. Das halte ich für einen sehr guten Ausgangspunkt und die Beiträge in dem Band, die ihr vereint habt, sind in dem Kontext auch sehr aufschlussreich.

Ich fand drei Perspektiven interessant, die immer wieder aufgeschienen sind. Zum einen wurde klar, dass die Zielkonflikte dadurch entstehen, dass unterschiedliche Zielzeitpunkte adressiert werden. Das fällt mir besonders auf bei den Beispielen, die sich mit dem Ausbau des Hafens in Hamburg beschäftigen, wo formuliert wurde: »Das muss sofort passieren, damit die ökonomische Entwicklung in Hamburg sich auch weiter entfalten kann.« Also, eine sehr kurzfristige Perspektive. Zum anderen wurden in zwei Beiträgen sehr langfristige Perspektiven der Zielkonflikte beim Abbau von Braunkohle vorgestellt, wo es um das Interesse eines langfristigen Kohleabbaus auf der Seite des Betreibers geht und auf der Seite der Klimaaktivist:innen im Rheinischen Braunkoh-

lerevier wird gesagt: »Wir müssen sofort einen anderen Transformationsweg einschlagen.« Hier treffen sehr oft Zielzeitpunkte aufeinander, die ganz unterschiedliche Vorstellungen von einer erfolgreichen Transformation haben. Die Zielzeitpunkte sind ein Riesenthema der Transformationsdebatte. Gerade im Bereich der Energiewende oder überhaupt der Reduktion von Kohlenstoffemissionen. Bedeuten die Zielmarken 2030, 2040, 2050 usw., dass wir sofort etwas ändern, damit wir dieses Ziel erreichen können oder dass wir noch acht Jahre warten und dann 2030 anfangen, *ganz schnell* was zu verändern? Das ist ein sehr wichtiger Aspekt bei den Zielkonflikten.

Nicht nur die Zeitpunkte des Transformationsbeginns liegen bei den beteiligten Transformationsakteur:innen oft nicht übereinander, sondern auch die Zielräume. Bei den Beispielen im Sammelband handelt es sich großteils um kommunale, lokale, regionale Themen, die bearbeitet werden. Geht es nur um die Transformation in diesem lokalen Kontext? Wie sind diese Transformationsziele eingebettet in multiskalare Perspektiven? Das finde ich einen ganz wichtigen Punkt. Bestehen hier Konflikte zwischen lokalen Zielen, den nationalen Zielen und den internationalen Zielen? Wir beobachten immer wieder, dass diese Zielräume nicht zusammenpassen. Also, ganz simpel, die Vereinbarungen, die 2015 in Paris beim UN-Klimagipfel getroffen worden sind, werden auf nationaler Ebene nicht eingehalten. Es ist wichtig, die unterschiedlichen Maßstabsebenen der Zielräume, also eine multiskalare Perspektive und nicht nur isolierte Zielräume, in den Blick zu nehmen.

Und die dritte interessante Perspektive der Buchbeiträge ist die Identifizierung unterschiedlicher Zieladressat:innen. Fast alle Beiträge beschäftigen sich mit Fragen der Verteilungsgerechtigkeit – *Wer hat Zugang zu bestimmten Ressourcen?* – und mit Verfahrensgerechtigkeit – *Wer hat Mitgestaltungs- und Mitspracherecht bei der Entwicklung von Zieldeutungen?* Die Deutungshoheit bei der Zielformulierung wird in all diesen Beiträgen als Problem formuliert. Dazu fällt mir z.B. der Beitrag von Stefanie Baasch ein, die deutlich macht, dass die Zielkonflikte immer entstehen, wenn Ziele in *top-down*-Prozessen gesetzt werden und dann spätestens bei der Umsetzung der notwendigen Maßnahmen Proteste entstehen, wenn viele betroffene Akteur:innen zum ersten Mal davon hören, dass etwas passieren soll. Die Problematik der *top-down*-Politik scheint bei allen Beiträgen durch; verbunden mit dem Argument, dass die Partizipation von Zieladressaten eine ganz wichtige Perspektive ist für erfolgreiche Transformationsprozesse. Und ich finde es interessant, kritisch zu reflektieren, wie und wann wir als Wissenschaftler:innen Zielkonflikte anschauen. Nehmen wir diese nur wahr, wenn es Proteste gab? Wie können wir

sonst Zielkonflikte erkennen? Schauen wir nur auf stimmmächtige Akteur:innen, die ihre Bewertung von Transformationszielen auch äußern können? Meine Beobachtung ist in vielen Fällen, dass auch Wissenschaftler:innen nur hinschauen, wenn es Konflikte gibt und es ihre Aufgabe wäre, zu einem früheren Zeitpunkt Zielkonflikte erkennen zu können.

Silja Klepp (SK): Ganz herzlichen Dank. Ich würde vielleicht noch mal an den Anfang zurück gehen. Du hast jetzt drei verschiedene Formen von Zielkonflikten identifiziert. Wir fanden tatsächlich auch die zeitlichen Dimensionen, die z.B. Tabea Dorndorf in ihrem Artikel zur Wiedervernässung der Hannoverschen Moorgeest so gut rausgearbeitet hat, sehr spannend. Das noch mal ganz klar zu kriegen, wie komplex es ist, ökologische Zeitabläufe, Projektlaufzeiten und demokratische Zeitabläufe also bspw. Legislaturperioden, zusammenzubringen. Dass z.B. eine Wiedervernässung von einem Moor mal 30 Jahre dauern kann, da alle im Flurbereinigungsprozess eingebunden sind und der Prozess auf demokratischen Abläufen basiert. Wo eben nicht einfach enteignet werden kann. Und, dass dann auch alle möglichen neuen Konflikte auftauchen. Das ist glaube ich ein Kernpunkt hier. Auch weil die Vorstellungen von dem, was jetzt Priorität hat, so unterschiedlich sind. Auch das hat dann wieder mit unterschiedlichen Vorstellungen von Wohlstand und unterschiedlichen Vorstellungen von Entwicklungen zu tun: Ist es wirklich die ökonomische Entwicklung, die immer noch im Zentrum stehen sollte oder ist es eben eine ganz andere Art von Entwicklung? Und letztlich die Frage: wie stark brennt eigentlich unser Haus momentan schon? Da entstehen dann natürlich ganz unterschiedliche Prioritäten, die wir diesen Politiken geben. Zum Beispiel den Klimaschutz ganz nach vorne zu stellen. Das ist dann aber oft ein großer Konflikt mit demokratischen Abläufen, die einerseits in solchen bürokratischen Verfahren sehr, sehr lange dauern können, wo aber andererseits die eher kurzfristigen Perioden z.B. von einem:r Bürgermeister:in oder anderen Politiker:innen wieder ein Problem sind, weil da immer so eine Kurzfristigkeit herrscht. Da ist es schwierig, Klimaschutz langfristig zu planen. Auch das ist ja ein großes Problem, um hier nochmals die Zeitlichkeiten aufzugreifen.

JH: Ja, und was Tabea Dorndorf auch schön darstellt, ist der Konflikt zwischen Projektfinanzierung und den tatsächlichen ökologischen Notwendigkeiten, da dieser Prozess der Wiederherstellung von einem Moor sehr zeitintensiv ist und eigentlich eine dauerhafte Finanzierung benötigt und leider nicht in die Projektlogiken passt. Wir haben dann zwei, drei, vielleicht auch mal fünf Jahre

Laufzeit und das entspricht nicht den ökologischen Notwendigkeiten. Und was ich sehr interessant finde, Tabea bettet das Thema in aktuelle Debatten zu *nature-based solutions* ein. Damit wird klar, dass diese vermeintlichen *nature-based solutions*, die auch ein Instrument sein könnten, um Klimagerechtigkeit herzustellen, eben keine sofortige Lösung darstellen. Sie sind keine Lösung, die sofort verfügbar ist. Das heißt, dieser Begriff *nature-based solutions* suggeriert letztendlich, dass wir ein bisschen Wasser ins Moor kippen und schon bindet dieses Moor auf einmal wie von selbst mit magischer Hand Treibhausgase und rettet uns so vor dem gefährlichen Klimawandel. Aber diese ganzen komplexen Planungsprozesse wie Flurbereinigungen und auch die ökologischen Prozesse sorgen dafür, dass die vermeintliche Lösung eben nicht sofort verfügbar und dauerhafte Pflege notwendig ist.

SB: Ich würde gerne noch mal weiter zum Thema Zeitspanne diskutieren. Silja, du hast eben auch angesprochen, dass Verwaltungsbürokratie bestimmte Zeitlogiken hat und Politik oft in Wahlperioden denkt. Aber das sind keine Naturgesetze! Und es gibt sehr viele Beispiele, die zeigen, dass das nicht so sein muss. Ich fand auch mit Blick auf die Frage »Was für eine Zeitspanne der Transformation braucht eigentlich Ökologie?« den Beitrag zur Wiedervernässung der Moore interessant. Darin kommen unterschiedliche Akteurslogiken zusammen: In welchen Zeithorizonten denkt ein:e Landwirt:in und in welchen Zeithorizonten der Umweltschutz? Darüber habe ich länger nachgedacht. So eine Umgestaltung eines Moores und die Reaktivierung der Senkenfunktion ist ein langjähriger Prozess, aber wir haben in der Ökologie natürlich auch kurzfristige Prozesse, wenn wir über Kipppunkte sprechen. Es ist nicht immer so, dass die Natur ganz langsam reagiert. Auch, wenn wir sofort aufhören, Kohlenstoff zu emittieren, wird es weiter eine globale Erwärmung geben, weil das so ein träger Wandelprozess ist. Aber es gibt eben auch kurzfristige Dynamiken in der Ökologie oder in den Ökosystemen, die wir auch betrachten müssen. Es ist zu erwarten, wenn es kurzfristige Umbrüche gibt, wird es auch ein blitzartiges Handeln geben – oder vielleicht gibt es eine Lähmung des Handelns, aber es wird auf jeden Fall eine relevante Reaktion hervorrufen. Ökologie ist nicht nur langatmig und auch Verwaltungshandeln ist nicht immer ein langsamer Prozess. Das hängt davon ab, ob hinter der Bürokratie, also der Umsetzungsebene, ein politischer Konsens steht und eine entsprechende Finanzierung. Das sehen wir zurzeit beim veränderten Energie-Regime, in dem jetzt sehr stark auf Erdgasnutzung und dessen Transport über

LNG-Technologie¹ gesetzt wird. Da sind plötzlich schnelle Verwaltungs- und Umsetzungsprozesse möglich für die es den nötigen politischen Konsens und die Finanzierung gab. Und auch in der Ökonomie, wo wir immer davon ausgehen, Wirtschaftsakteur:innen sind davon getrieben, immer schnellere Profite generieren zu müssen – gerade internationale Unternehmen –, weil sie die Interessen von Aktionär:innen befriedigen müssen. Es gibt aber auch sehr viele Beispiele für Großunternehmen, vor allem in Deutschland, wo es noch viele Familienunternehmen gibt, die für langfristige Transformationsprozesse ansprechbar sind. Es hat sehr stark mit der Unternehmensführung und der Profitstruktur zu tun, wenn wir über die Zeithorizonte von großen Unternehmen sprechen. Und genauso würde ich das sehen bei der individuellen Ebene, wo wir immer davon ausgehen, die individuellen Logiken widersprechen oft den langfristigen Zielen.

Was ich bei euren Sammelbandbeiträgen sehr interessant finde ist, dass sich fast alle mit Eigentumsfragen beschäftigen. Es geht in vielen Beiträgen – explizit oder implizit – um Land- und auch Wohnraumeigentum und das spielt für Transformationsprozesse eine sehr große Rolle. Bei dem Beispiel in Moorbург ging es darum, dass die Mieter:innen und Eigentümer:innen ganz anders auf die Situation der Vernachlässigung ihrer Wohnsiedlung reagieren, die direkt neben dem Hafenrand zu finden ist. Also, was für ein Interesse haben Anwohner:innen, ihre Heimat oder den Ort, wo sie leben, zu verteidigen? Und wir wissen von den Protesten gegen Windenergie und Photovoltaik, dass es in der Regel Hauseigentümer:innen sind, die sich hier engagieren. Das ist ein wichtiger Punkt, der auch die Langfristigkeit der Perspektive betrifft und die Gesellschaft als Akteur. Es gibt sehr unterschiedliche Zeitperspektiven, die da in den Blick genommen werden und das sehen wir jetzt vor allem auch bei den Anti-Braunkohle-Protesten. Dort ist sehr klar, dass die Entscheidungen, die jetzt getroffen worden sind, langfristige Effekte haben werden und die, die in Nordrhein-Westfalen gerade die politischen Entscheidungen treffen, kurzfristige Gerechtigkeitsinteressen für relevanter halten. Das lässt sich auch nicht so einfach einteilen in kurz- und langfristige Logiken, sondern muss entsprechend der politischen Verhältnisse und der Eigentumsverhältnisse und auch der Verfügungsmacht über die Ressourcen, um die es dabei geht, unterschieden werden.

1 Liquefied Natural Gas (LNG) = Flüssigerdgas

SK: Und es wird auch sehr spannend sein zu sehen, ob sich nicht auch genau diese Zeitlichkeiten, z.B. von demokratischen Prozessen, anpassen lassen, wenn es unbedingt notwendig ist... Dass Dinge schneller gehen oder dass Legislaturperioden anders gelegt werden müssen oder, dass z.B. bürokratische Prozesse sehr stark abgekürzt werden können.

JH: Während wir einerseits schnell neue LNG-Terminals gebaut haben, ist bspw. beim vermeintlich schnellen Ausbau erneuerbarer Energien relativ wenig passiert in den letzten Monaten. Aber auch im umweltpolitischen Bereich sehe ich, dass es eine gewisse Einsicht gibt, dass man Finanzierungen langfristiger gestalten muss. Es gibt z.B. jetzt vom *Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung* den neuen *Legacy Landscape Fund*, der erstmals tatsächlich langfristig Geld für Schutzgebiete weltweit bereitstellen soll. Auf nationaler Ebene hingegen haben wir jetzt seit Jahren diese Diskussionen um Moorschutzstrategien, die sehr langsam vorankommen u.a. wegen der hohen Komplexität. Aufgrund eben dieser ungeklärten Eigentumsfragen oder der Komplexität von Flurbereinigung. Und dieser Prozess geht nicht schneller voran, obwohl die letzten drei Jahre die Moore gebrannt haben. Sind Moore eben doch momentan ökonomisch und gesellschaftlich nicht relevant genug?

SK: Sybille, du hast gesagt, dass sich viele von diesen Zielkonflikten auch um Eigentum drehen. Das sehen wir z.B. bei den Konflikten um die Kleingärten in Frankfurt, dass wir auch interessante neue Allianzen haben, wo sich Aktivist:innen unterschiedlicher Couleur zusammentun. Einerseits solche, die eben genau das Gefühl haben, dass es eher um das persönliche Eigentum und z.B. die eigenen Kleingärten geht und diese im Zentrum des Interesses stehen. Und andererseits Akteur:innen dazukommen, die einen anderen, transformativen Anspruch haben und vielleicht auch einen globalen Anspruch des Klimaschutzes mitbringen. Von der Zeitlichkeit her könnte man denken, dass dies vielleicht eher Allianzen sind, die sich genau für diesen Konflikt zusammenschließen und nicht langlebig sind. Andererseits sehen wir auch, dass es Allianzen gibt oder auch Konflikte, wo sich die öffentliche Meinung verschiebt und wo wir sehen, dass es doch viel mehr öffentliche Unterstützung gibt für bestimmtes zivilgesellschaftliches Engagement. Ich hatte das Gefühl, dass die Berichterstattung und die Diskussion um die Räumung von Lützerath positiver sind, als ich das erwartet hatte. Es geht also auch um Verschiebungen von Debatten.

Transformation und intersektionale Perspektiven

SB: Verschiebung von Debatten der Umweltgerechtigkeit oder der sozialökologischen Transformation?

SK: Ich würde sagen, was als gerecht empfunden wird in der sozialökologischen Krise.

SB: Genau! Ich frag das hier ein bisschen provozierend, weil ihr das auch im Buchtitel so verbunden habt: Umweltgerechtigkeit und sozialökologische Transformationskonflikte. Umweltgerechtigkeit als Perspektive ist ganz klar aus einer aktivistischen Praxis entstanden. Ich finde, das habt ihr in der Einleitung gut beschrieben und ihr habt genauso gut beschrieben, dass der Transformationsbegriff aus einer wissenschaftlichen Perspektive entstanden und dann im politischen Feld aufgegriffen worden ist. Das heißt, der Transformationsbegriff ist stärker mit *top-down*-Handeln verbunden und der Umweltgerechtigkeitsbegriff mit politischer Partizipation und Solidarisierung. Ich finde es sehr wichtig zu unterscheiden, in welchen Kontexten die Umweltgerechtigkeitsperspektive und die Transformationsperspektive entstanden sind. Ich lese implizit in eurer Bucheinleitung: Transformation zielt auf Gerechtigkeit. In anderen Kontexten wird das anders formuliert. Der *Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen* (WBGU) setzt das Transformationsziel mit Nachhaltigkeit gleich. Und das ist eine spezifische Idee von Gerechtigkeit. Ich finde der Nachhaltigkeitsbegriff erfährt gerade ein *revival*. Der Begriff hat nach dem Rio-Gipfel 1992, wo die Umsetzung von *Lokalen Agenda 21*-Prozessen beschlossen wurde, gerade in Deutschland in sehr, sehr vielen Kommunen große Aufmerksamkeit erzeugt. Und dann so ab 1997, bis dahin sollten die *Lokalen Agenda 21*-Prozesse abgeschlossen sein, passierte nicht mehr viel. Aber in den letzten Jahren kommt der Nachhaltigkeitsbegriff wieder hoch. Aus meiner Sicht auch aufgrund von *Fridays for Future* und anderen Klimagerechtigkeitsbewegungen, die die zentralen Argumente der Nachhaltigkeit – Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit – wieder aufgegriffen haben und immer betonen: diese Gerechtigkeitsperspektiven gehören zusammen. Klimagerechtigkeit heißt für sie, zukünftige Generationen in den Blick zu nehmen, also die zeitliche Gerechtigkeitsdimension, aber auch die globale Gerechtigkeit, also die internationale Dimension. Und es wäre eine Möglichkeit, sich auf allen politischen Ebenen auf diese Gerechtigkeitsdimensionen grundsätzlich zu verständigen. Diese Perspektive

der Umweltgerechtigkeitsdebatte ist auch im wissenschaftlichen Kontext aufgegriffen worden. Dabei sind aber nicht alle Argumente mitgenommen worden. Aus meiner Sicht müsste eine intersektionale Perspektive eine sehr viel stärkere Rolle spielen und Umweltgerechtigkeit muss immer auch mit Umweltrassismus zusammen gedacht werden, denn da kommt die Umweltgerechtigkeitsperspektive her. Umweltgerechtigkeit adressiert immer die Frage: Was sind die Dominanzstrukturen? Wer wird Ungerechtigkeit ausgesetzt? Das ist der ursprüngliche Blick. Es sind bestimmte Personen, vor allem Schwarze Personen, in den Großstädten der USA, die Umweltgiften ausgesetzt sind. Das war mit dem Beginn der Umweltgerechtigkeitsperspektive so und das können wir mit Blick auf Klimagerechtigkeit auf globaler Ebene ganz genauso beobachten. Klimagerechtigkeit heißt, ›weiße‹ Dominanz und Schwarzes Leben im Anthropozän zu erkennen. Wer sind die Betroffenen des Anthropozäns? Das sind vor allem Schwarze Menschen. Also, nicht nur Menschen, die im ›globalen Süden‹ leben, sondern Menschen, die aufgrund von rassistischen Strukturen, die eine lange Geschichte haben, deprivilegiert werden. Gerechtigkeit, wie sie in der Klimadebatte definiert wird, ist ganz stark von ›weißer‹ Dominanz geprägt. Der UN-Klimagipfel 2022 in Ägypten hat das noch mal sehr, sehr deutlich gezeigt. Der nächste Klimagipfel wird in Dubai, einer Stadt in den Vereinigten Arabischen Emiraten stattfinden und damit von Akteur:innen geleitet, die unmittelbar mit der fossilen Industrie verbunden sind. Und da geht es nicht nur um eine Hautfarbe, sondern natürlich auch um eine bestimmte Form der Ressourcenaneignung, die hier als ›weiße‹ Dominanz bezeichnet werden kann. Das ist aus meiner Sicht verloren gegangen in den letzten Jahrzehnten in der Umweltgerechtigkeitsdebatte. Die Klimagerechtigkeitsbewegung greift das wieder auf, aber auch da gibt es Auseinandersetzungen, wie weit die Bewegung von ›weißen‹ Akteur:innen dominiert wird und Schwarzes Leben eben nicht verstanden und ausreichend in den Blick genommen wird. Es gibt aktuelle wissenschaftliche Beiträge, die genau das in den Blick nehmen, bspw. die Beiträge von Farhana Sultana zu *climate coloniality*². Das hat einen neuen Anstoß gegeben, Klimagerechtigkeit stärker aus einer anderen Perspektive zu diskutieren.

SK: Ich glaube wir müssen in Deutschland vor allen Dingen auch auf die intersektionale Diskriminierung gucken, weil hier im deutschsprachigen Raum

2 Sultana, Farhana (2022): »The unbearable heaviness of climate coloniality«, in: Political Geography 99, 102638.

eine ganze Reihe von Diskriminierungen stattfinden. Eben nicht nur entlang von *race*, sondern auch entlang von *gender*, wie wir es auch in dem Kapitel zur Klimaanpassung in Duisburg gelesen haben. *Gender* und intersektionale Diskriminierung durch Klima-*governance* spielt erstmal überhaupt keine Rolle, z.B. in den Klimawandelanpassungsstrategien, die jetzt entwickelt werden. Es spielt überhaupt keine Rolle, obwohl wir das wissen, obwohl die Studien vorliegen. Zum Beispiel vom *Umweltbundesamt*, also sogar von staatlichen Akteur:innen. Wir wissen, dass es da Probleme gibt, dass z.B. bestimmte Technologien bestimmte Gruppen diskriminieren und trotzdem wird darauf nicht geachtet. Wenn es dann doch mal berücksichtigt wird, dann liegt das eben an ganz bestimmten Personen, die Netzwerke aufgebaut haben und aktivieren konnten und sich dafür einsetzen konnten, dass *gender*-Aspekte berücksichtigt wurden. Das wird dann aber oft eher verkürzt. *Gender* scheint dann als reines Frauenthema auf. In dem Sinne: »Wir greifen dieses Thema auf, weil Frauen besonders vulnerabel sind.«

SB: »Frauen« sind eben nicht besonders vulnerabel als Kollektivkategorie, sondern es geht darum, was du eben auch angesprochen hast, eine intersektionale Perspektive einzunehmen. Verena Fisch, Juliane Frost und Alena Dietl haben das in ihrem Beitrag gut rausgearbeitet, dass es darum geht, geschlechtliche Sorgeverhältnisse in den Blick zu nehmen: Wer wird mit bestimmten Geschlechter-Stereotypen adressiert, Umweltschutz als zusätzliche Sorgaufgabe zu betreiben? Das finde ich eine interessante Dimension und ich fand es auch in dem Beitrag von Mießner und Naumann spannend, die sich mit Gentrifizierung beschäftigen. Diese Form der Gentrifizierung heißt im Endeffekt: »Exklusion durch ökologische Aufwertung.« Also, dass Menschen eben nicht in den gesunden Teilen von Städten und ländlichen Räumen leben können. Das ist in der Regel immer ein Effekt von intersektionalen Ausschlüssen, dass Menschen mit geringerem Einkommen keinen Zugang haben – und das sind durchschnittlich eher Frauen, alleinerziehende Menschen mit Migrationshintergrund usw. Und dann sind wir wieder bei dem Aspekt, den wir eben schon angesprochen haben: Eigentumsverhältnisse. Eigentumsverhältnisse sind ganz wichtig, um zu verstehen, wer wie von Ausschlüssen betroffen ist. Und dabei nicht nur Armut in den Blick zu nehmen, sondern natürlich auch Reichtum. Kürzlich ist wieder eine Studie veröffentlicht worden, die uns gezeigt hat, dass die 10 % des reichsten Bevölkerungsanteils in Deutschland über die

Hälfte der Kohlenstoffemissionen verursachen.³ Damit beanspruchen reiche Menschen ein Recht zur Verschmutzung der Umwelt und Gesundheitsbelastung und nutzen ihr Eigentum in einer Weise, die maximal klimaschädlich ist und damit andere Menschen belastet.

SK: Und das sind doch eigentlich Debatten, die wir hier in Deutschland noch kaum führen, oder? Ich habe das Gefühl, das deuten wir auch in der Einleitung an, dass Debatten um diese Lebensstile in Deutschland kaum geführt werden. Die Superreichen, die zunehmend mit dem Privatjet rumfliegen und damit natürlich sehr, sehr viele Emissionen verursachen. Aber auch, und das wird von Michael Mießner und Matthias Naumann schön herausgestellt, dass eine bestimmte Schicht, die vielleicht einen gehobenen Lebensstil hat, aber eben keine Superreichen, dass sie auch ganz bestimmte Lebensstile verfolgen, die sehr emissionsintensiv sind. Die aber die Vorstellung haben, dass ihr eigener Lebensstil eher nachhaltig sei, da sie eine Sehnsucht nach dem Ländlichen und Ökologischen haben.

Just transition

JH: Auf was ich eben nochmal eingehen wollte, war das Thema Debattenverschiebung. Hier finde ich insbesondere die verstärkte Verwendung des *just transition*-Begriffs interessant. Der Begriff spielt inzwischen auch in der Bundespolitik eine große Rolle, gerade in der deutschen internationalen Zusammenarbeit. Das finde ich deshalb interessant, weil der Begriff letztendlich, wenn man ihn ganz zurückverfolgt, auch Ursprünge in der Umweltgerechtigkeitsbewegung hat, aber dann in den USA von der Gewerkschaftsbewegung stark aufgegriffen wurde. Insbesondere in der stark kohledominierten Wirtschaft Südafrikas wird diskutiert, wie man es schaffen kann, Zielkonflikte zwischen den Interessen der Arbeiter:innen und dem Umwelt- und Klimaschutz aufzulösen. Wie können wir Umweltpolitiken entwickeln, die keine Jobs kosten? In der radikaleren Lesart des Begriffs wird er weitergefasst und umfasst auch Ideen für ein verändertes Verhältnis von Arbeit und Kapital und dass letztendlich Eigentumsverhältnisse geändert werden müssen, um eine *just transition* zu ermöglichen.

3 Gore, Tim (2020): Confronting carbon inequality: Putting climate justice at the heart of the COVID-19 recovery, o.O.: Oxfam.

So weit geht natürlich die Debatte in der Bundespolitik und der internationalen Zusammenarbeit nicht, aber was ich da spannend finde ist, dass dieser Begriff seit einigen Jahren und verstärkt nach dem Regierungswechsel 2021 eben auch in der Entwicklungspolitik auf einmal eine große Rolle spielt. Das heißt, es werden alle möglichen neuen Finanzierungslinien, alle möglichen neuen Nord-Süd-Partnerschaften (z.B. *Just Transition Partnerships* (JETPs) auf Initiative der Deutschen G7-Präsidentschaft) als *just transition* gerahmt. Vielleicht wird so ein erstmal positiver Aspekt, der aus der progressiven Gewerkschaftsbewegung stammt, der durchaus auch die Notwendigkeit Eigentumsverhältnisse zu verändern, in den Mittelpunkt rückt, jetzt ein Stück weit genutzt wird, um *business as usual*-Politiken voranzubringen, die vor allem auf ökologischer Modernisierung basieren. Diese wirklich transformative Komponente, wo es eben auch um Herrschaftsverhältnisse und Eigentumsverhältnisse geht, wird kaum berücksichtigt.

SB: Also, ich habe das auch sehr aufmerksam beobachtet, wie dieser Begriff vor allem in die deutschsprachige Debatte eingeflossen ist. Für mich war ein wichtiger Moment der UN-Klimagipfel im polnischen Katowice im Jahr 2018.

JH: Genau das war der sogenannte *just transition*-Gipfel.

SB: Und da ist der *just transition*-Begriff, sehr stark geworden und auch die damalige deutsche Delegationsführerin, Bundesumweltministerin Svenja Schulze, hat diesen Begriff permanent wiederholt und positiv besetzt. Außerdem wurde die *Schlesische Deklaration für Solidarität und gerechten Übergang* von über 50 Ländern unterzeichnet. Also, nicht nur gerecht, sondern auch solidarisch. Der Fokus der Gewerkschaften fossiler Branchen lag ganz stark darauf, bestimmte Industriearbeitsplätze zu sichern. Das hat auch eine sehr starke *gender*-Komponente. Es geht eben nicht um die Rettung der Textilindustrie, sondern die Rettung der Kohleindustrie, mit der fast ausschließlich männliche Arbeitsplätze gesichert werden sollen. Und es geht nicht nur um die Arbeitsplätze, sondern um Wohlstandssicherung durch unbefristete Vollzeitarbeitsplätze. In anderen Kontexten wird von *no regret*-Maßnahmen gesprochen. Also, dass Lösungen gefunden werden sollen, die niemandem weh tun. Und das ist natürlich eine absurde Vorstellung, weil das Nichthandeln tut auf jeden Fall auch bestimmten Gruppen weh. Und es wird einfach keine Veränderung geben, ohne dass es jemanden berührt. Das ist die Grundproblematik von sozialökologischer Transformation, dass es hier offensichtlich ein absichtliches

Missverständnis gibt. Dass wir aktuell ein Problem haben und es eine Lösung geben kann, die dieses Problem aus der Welt schafft, ohne dass es jemanden berührt.

SK: Das ist auch die Idee der ökologischen Modernisierung, die dabei sogar noch neue Märkte schafft und Rettung durch technologischen Fortschritt verspricht.

SB: Genau! Ich halte in diesem Zusammenhang auch den von Naomi Klein geprägten Begriff »Katastrophen-Kapitalismus«⁴ für passend. Wir beobachten aktuell einen Umbau des Energieregimes als Antwort auf die Klimakrise. Davon profitieren viele Energieunternehmen. Gleichzeitig beobachten wir die Abaggerung rund um Lützerath. Es ist das Argument, dass wir jetzt diese Energiekrise lösen müssen und dass die gewählte Energiewende die einzige Lösung ist. Das ist wieder so ein TINA-Argument – es gibt keine Alternative. Lützerath muss weg, damit wir an die besonders großen Braunkohleflöze rankommen. Das ist auch eine Form von Disaster-Politik. Man kann es auch so deuten: Mit dieser Transformation wird versucht, politisches Kapital und auch ökonomisches Kapital rauszuschlagen mit dem gleichzeitigen Versprechen, dass es keine Verlierer:innen gibt. Die Unmöglichkeit dieses Versprechens benennen diejenigen, die jetzt gerade in Lützerath protestieren, sehr deutlich. Es gibt viele Verlierer:innen des Braunkohleabbaus, deswegen sind die Protestierenden vor Ort. Und das finde ich schon bemerkenswert, dass diese Erzählung von einer Transformation, bei der es nur Gewinner:innen geben wird, bei der die Ökologie gewinnt und alle Menschen gewinnen, trotzdem so lange funktioniert. Und das soll auch noch im Kontext kapitalistischer Strukturen funktionieren, von denen wir wissen, dass sie das absolut zerstörerische Problem, mit dem wir es zu tun haben, verursacht haben.

Externalisierungen, räumliche Konfigurationen und Rassismus

SK: Das ist eine sehr gute Überleitung zum Thema Externalisierung. Es wird sozusagen so getan, als würden die großen Externalisierungen, die wir bisher hatten, sogar teilweise geheilt. Als würden z.B. mit dem Grünen Wasserstoff

4 Klein, Naomi (2007): Die Schock-Strategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus, Frankfurt a.M.: Fischer.

Akteur:innen im ›globalen Süden‹ auch nur Gewinner:innen sein und als würde es da nicht um Eigentumsverhältnisse und um Flächenfraß usw. gehen. Mega-Infrastrukturen brauchen wir auch dort wieder – auch hier in Deutschland. Auch das wird bisher wenig diskutiert. Zumal eine Technologie wie Grüner Wasserstoff ganz neue Zentralisierungen hervorruft und gerade nicht, wie andere erneuerbare Energien, eine Technologie ist, die vielleicht eher dezentralisiert. Genau diese Externalisierung der Kosten, der ökologischen und auch der sozialen Kosten, die ja überhaupt nur dazu geführt hat, dass wir diesen Wohlstand hier haben, wie wir ihn haben, die wird weiterhin verschwiegen. Du hast vorhin auch gefragt: Was nehmen wir eigentlich wahr? Wir sollten gerade auch im Ausblick dieses Buches, dass sich sehr stark auf die Diskriminierungen konzentriert hat, auf die Ungerechtigkeiten hier im deutschsprachigen Raum, auch nochmal über Externalisierungen sprechen. Soziale und ökologische Kosten, die wieder in ganz andere Regionen der Welt verlagert werden.

JH: Was ich da besonders spannend finde sind letztendlich Dinge, die wir eigentlich auch schon seit Jahren beobachten und gemeinsam im Blick haben. Dass letztendlich Klimapolitik nicht über ökologische Modernisierung hinausgeht und zu einem großen Anteil auf Externalisierungen baut. Wir sind ohnehin schon eine Gesellschaft, die stark von Rohstoffimporten abhängig ist. Jetzt externalisieren wir zusätzlich noch Emissionsreduktionen und wollen uns Kohlenstoffsenken sichern.

Und da hat sich in den letzten Jahren nicht viel verändert. Ökologische Modernisierung ist weiterhin von Klimagipfel zu Klimagipfel die dominante Antwort auf die Klimakrise. Interessanterweise haben sich insbesondere auf dem letzten Biodiversitätsgipfel die Narrativen etwas geändert. Es wird auf einmal relativ tiefgreifend von transformativem Wandel gesprochen. Aber wenn man dann genauer hinsieht, adressiert letztendlich das Meiste doch einfach nur die üblichen ökologischen Modernisierungselemente oder *fortress conservations*. Und in der Klimapolitik wird es natürlich noch deutlicher, dass eigentlich alle Lösungen letztendlich Marktmechanismen sind. Sei es im Biomassebereich, sei es in Bereichen des Waldschutzes, also REDD+ bspw. oder einfach das Ausnutzen von Opportunitätskosten von im ›globalen Süden‹ geringeren Lohnkosten. Ein etwas provokativer Aspekt, der mir so in den letzten Tagen aufgefallen ist, als ich mich stärker mit Lützerath beschäftigt habe und auch mit der Gasversorgung, die jetzt hier verstärkt auf US-Fracking-Gas setzt: Wir haben es jetzt hier bei den Fragen eine doppelte Externalisierung genannt,

aber vielleicht ist es dann ja sogar eine dreifache, wenn man die Senken miteinander bezieht. Wir wollen uns eben nicht wehtun, da wir ja eigentlich so weitermachen wollen wie bisher. Da wir weiterhin fossile Energiequellen nutzen wollen, aber gleichzeitig an vielen Stellen unsere Landschaften hier, abgesehen von Lützerath, möglichst intakt lassen wollen, wollen wir bspw. nicht Gas in der Nordsee fördern. Ich bin jetzt auch nicht unbedingt dafür, hier die Gasförderung auszubauen, aber nur so als Gedankenexperiment. In der Nordsee wollen wir kein Gas fördern, in der Lüneburger Heide wollen wir auch nicht weiter *fracken* – also, nur so weit wie wir es ohnehin schon tun – aber wir holen es uns dann halt von woanders her, z.B. die Kohle aus Kolumbien, und kompensieren unsere Emissionen durch den Schutz von Regenwäldern möglichst weit von uns entfernt.

SB: Auch wenn man globalisierungskritisch denkt, der Austausch von Ressourcen ist nicht grundsätzlich das Problem. Nur unter welchen Bedingungen wird das organisiert und in welchem Umfang werden bestimmte Ressourcen beansprucht? Und dass bestimmte Technologien Ressourcen brauchen, wie seltene Erden oder bestimmte Salze, die es nur in ausgewählten Teilen der Erde gibt, das ist auch eine Bedingung der Verfügbarkeit, aber die Frage ist ja: Wer beansprucht das alleinige Recht diese Ressourcen zu benutzen? Es ist absehbar, dass der Bedarf an bestimmten Ressourcen, z.B. für Batterietechnologien, nicht für alle reicht, die auf diese Technologie setzen. Wie organisiert man dann den Zugriff auf diese Ressourcen? Und unter welchen Bedingungen wird an den Orten abgebaut und verarbeitet? Das sind die eigentlich kritischen Punkte.

JH: Mir ging es auch nicht darum, den Austausch von Ressourcen zu unterbinden, sondern um das Gedankenexperiment, und um für mehr Transparenz zu plädieren, also sozusagen, dass man einfach offener debattiert: Wir wollen weiterhin Gas, wir können es in der Nordsee fördern oder wir importieren es. Es wird in jedem Fall ökologische Kosten verursachen, entweder bei uns oder woanders.

SB: Den Punkt finde ich nachvollziehbar.

SK: Und eventuell ist es schlimmer dort zu fracken, als es hier aus der Nordsee zu holen.

SB: Ja, aber den interessanten Punkt finde ich, warum wir bestimmte negative Effekte an anderen Orten für akzeptabel halten. Ein Beispiel, das seit Jahrzehnten legitim ist: In der Schweiz haben die größten Agrarunternehmen ihren Sitz und produzieren Pestizide und Saatgut auf Basis von Gentech für eine weltweite Grüne Revolution. In der Schweiz selbst ist es jedoch sowohl aus rechtlichen als auch aus ethischen Gründen absolut unmöglich, Gentech in der Landwirtschaft einzusetzen. Ich finde es total interessant, dass bestimmte Nutzungsweisen für andere als zumutbar betrachtet werden und ein großer Profit aus der Vermarktung gezogen wird, aber diese vor der Haustür oder im eigenen Land als völlig inakzeptabel betrachtet werden. Ich halte es für wichtig, sich immer zu fragen, warum das möglich ist. Das hat natürlich etwas mit globalem Rassismus zu tun, dass das bestimmten Regionen auf der Welt zugemutet und für selbstverständlich gehalten wird. Warum müssen Menschen unter Gewaltbedingungen und unter gesundheitlich schlimmen Bedingungen arbeiten, die in der Schweiz oder in Deutschland weder mit dem Arbeitsrecht noch mit den moralischen Vorstellungen denkbar wären? Das halte ich für das eigentliche Problem. Auch der Kohlebergbau in Kolumbien, den du beschreibst, findet in einer Form statt, die in Deutschland nicht zu praktizieren wäre.

SK: Wir haben dazu gerade einen Artikel veröffentlicht. In der Zeitschrift *Die Erde*, wo der *imperial mode of living* von Uli Brand und Markus Wissen nochmal inspiziert wurde. Und unser Artikel heißt auch *Challenging the Imperial Mode of Living by Challenging Elsewhere*. Dass wir Ungerechtigkeiten woanders akzeptieren, weil wir sie aus der Sicht haben wollen, weil wir nicht hingucken wollen, weil wir die Menschen eben nicht als unsere *community of justice* empfinden. Da es außerhalb unserer *community of justice* passiert, finden wir es sozusagen akzeptierbar.

SB: Ja, aber wir akzeptieren es nicht nur, weil es weit weg ist, sondern weil wir es gewohnt sind, dass es kapitalistische koloniale Ausbeutungsverhältnisse gibt.

SK: Genau, und die akzeptieren wir woanders. Das haben wir sozusagen internalisiert. Das sind ›die anderen‹, das ist ja genau das Rassistische. Und halten es dort für akzeptierbar. Also, wir vielleicht nicht, aber es ist was, wo nicht hingeguckt wird.

SB: Wir gucken hin, aber wir haben einen bestimmten Blick darauf und dieser bestimmte Blick ist geprägt durch rassistische Ungleichheitsverhältnisse der Ressourcenaneignung und der Produktionsverhältnisse. Das finde ich einen ganz zentralen Punkt der globalen Umweltgerechtigkeit. Es geht nicht nur um Nord-Süd-Verhältnisse.

SK: Und was bedeutet das jetzt wiederum für die Transformation? Es kommt fortlaufend zu neuen Konfigurationen von Umweltrassismus mit neuen Ungerechtigkeiten und neuen ökologischen Katastrophen, die woanders produziert werden. *New elsewheres*.

JH: Aber wird es wirklich neu konfiguriert oder wird das nicht einfach reproduziert?

SK: Das wäre vielleicht eine Frage. Sind das Fortschreibungen? Sind es vielleicht aber auch neue Allianzen?

SB: Es sind auch alte Allianzen, deswegen funktioniert das so gut. Wenn wir uns anschauen, wo die deutsche Bundesregierung auf politischer Ebene Allianzen schmiedet, um mit der aktuellen Erdgasknappheit umzugehen, dann ist es kein Zufall, dass bestimmte Regionen adressiert werden. Die Regierung von Senegal wird motiviert Erdgas zu fördern, das dann Deutschland nutzen kann. Diese Rohstoffstrategie baut auf einer Vergangenheit auf, in der ökonomische Kooperation und Ausbeutungsstrukturen eben nicht auf Augenhöhe stattfanden. Das ist eine Energiepolitik, die bis jetzt nicht ausreichend beleuchtet wurde – auch nicht in eurem Sammelband, der ja Beispiele aus dem deutschsprachigen Raum adressiert. Das stand hierbei auch nicht im Fokus, aber da sehe ich auf jeden Fall Erkenntnisbedarf für die Zukunft in der Umweltgerechtigkeits- und Transformationsforschung. Dieses Fundament globaler Ungleichheit, muss stärker in den Blick genommen werden. Worauf wird aufgebaut, wenn globale Ressourcenströme organisiert werden? Und das ist das, was wir zentral diskutiert haben: Ungleichheiten werden produziert durch Vereinbarungen – auch für nationale Transformationsziele –, die dazu führen, dass die Kosten externalisiert werden. Das Fundament dieser globalen Ungleichheiten zu verstehen ist zentral, um begreifen zu können, warum diese globalen Ungleichheiten überhaupt durchsetzbar sind. Und ich halte es als vereinfachend dargestellt in der Diskussion um imperiale Lebensweisen und Nord-Süd-Verhältnisse, dass es um eine direkte Dependenz und Dualität geht, die dabei eine

Rolle spielt. Und es gibt auch keine einfache Linearität von 500 Jahren Kolonialismus bis zu den aktuellen Verhältnissen, sondern dahinter stecken ganz komplexe Verflechtungen, in denen Nationalstaaten und ihre koloniale Politik miteinander verbunden waren, die in den kolonisierten Ländern bis heute eine Rolle spielen. Das differenzierter zu betrachten, ist ein großes Feld. Ich habe mich insbesondere in dem Kontext von Eigentumsverhältnissen damit beschäftigt. Privateigentum ist eine europäische Idee. Wie trifft diese zusammen mit anderen Formen von Besitzrechten und Nutzungsrechten? Das spielt z.B. in Ost-Afrika eine sehr große Rolle, weil es hier nicht die europäische Form von Privateigentum gibt, sondern das Land dem Staat gehört. Wenn staatliche Akteur:innen Land an europäische Unternehmen übertragen, dann verfolgen diese den Anspruch das Land und all seine Ressourcen privatrechtlich zu nutzen. Und das hat eine koloniale Geschichte, dass diese unterschiedlichen Besitzverhältnisse und Nutzungsrechte aufeinandertreffen. Das wirkt bis heute weiter und es gibt sehr viele Beispiele dieser Verbindungslinie von Kolonialismus und aktuellen globalen Ungleichheitsverhältnissen. Das *Imperiale* ist keine einfache Erklärung für eine lange Geschichte und es braucht zukünftig noch viel Forschung dazu aus meiner Sicht. Es ist wichtig, das besser zu verstehen – auch als Argument gegenüber den Akteur:innen, die sagen, wir brauchen nur eine ökologische Modernisierung und dann kriegen wir das alles in den Griff. Als wenn wir bei Null starten würden. Aber wir starten eben nicht bei Null, sondern bauen auf einem kolonial geprägten Fundament auf.

SK: Genau und die Verletzungen... Das sind eben auch alte und sie werden tradiert und in den neuen Politiken oft auch nicht geheilt, sondern ganz im Gegenteil. Sie werden wieder aufgegriffen und sogar noch verstärkt. Sogar in Bildungspolitiken, Wissenspolitiken. Wir denken da an die Rolle der Wissenschaft. Welche Forschungsk Kooperationen wir in diesen Bereichen haben, z.B. im Bereich Wasserstoff. Aber ich kenne das auch aus der Ozeanforschung, die auch noch ganz stark auf kolonialen Vorstellungen beruht. Hier sind unsere Förderstrukturen absolut nicht angemessen, um Partnerschaften aufzubauen – Forschungspartnerschaften, Bildungspartnerschaften – weil die Beziehungen immer ganz stark von Ungleichheit durchzogen sind, weil viele Kategorien einfach nicht passen, wie du es ja schon benannt hast. Zumal wir ganz oft hybride Situationen haben, z.B. rechtlich. Wir haben Formen von *legal pluralism*, die hochkomplex sind, wo wir teilweise noch Herrschaftssysteme haben, die traditionell geprägt sind. Diese sind natürlich mit westlichen Herrschaftssystemen und Rechtssystemen überlagert und ich würde dir absolut

recht geben: Es ist wirklich eine wichtige Aufgabe, für uns als Wissenschaftler:innen im Bereich Umweltgerechtigkeit, das sichtbar zu machen. Dinge und Aspekte wahrzunehmen, die eben nicht nur durch Akteur:innen oder durch Konflikte sichtbar gemacht werden, die laut sind, sondern auch die leisen, die *slow violence*-Konflikte. Um dann wieder Räume und Möglichkeiten zu schaffen, um verantwortlicheres Handeln, verantwortlichere Politiken, wenn nicht gar gerechtere Politiken, aufzuzeigen. Ich denke, wir versuchen das ansatzweise im Netzwerk Umweltgerechtigkeit *EnJust*.

Wege zur Transformation und die Rolle der Sozialwissenschaft

SB: Um das ein bisschen abzukürzen: Wenn Ihr so einen Buchtitel formuliert kommt natürlich zum Schluss immer die Frage auf: *Was ist denn eine Form von Gerechtigkeit und Transformation, die eben nicht mit Konflikt verbunden ist?* Das soll ja idealerweise das Ziel sein. Dann könnten wir formulieren, dass das allein mit dem Wunsch nach ökologischer Modernisierung nicht zu schaffen ist, sondern es auch noch eine gesellschaftliche Rahmung braucht, die Demokratisierung, Verallgemeinerung von Privilegien und Freiheiten ermöglicht. Dabei spielen auch Wissenschaftler:innen eine große Rolle aus meiner Sicht. Also, nicht nur um existierende Konflikte und auch potenzielle Konflikte frühzeitig erkennen zu können, sondern auch, um noch einen stärkeren Beitrag zu liefern, um die unterschiedlichen Logiken zu erkennen, die wir jetzt gerade diskutiert haben: zeitliche Logiken, Raumbezüge und deren Konsequenzen. Und ein Weg ist wahrscheinlich auch, dezentrale Lösungen zu finden. Also, so wie du eben argumentiert hast, Jonas, die Ressourcen und Versorgungsstrukturen, die gebraucht werden, müssten auch dezentral organisiert werden. Aber wie organisiert man das in Bereichen, wo das nur begrenzt möglich ist? Das bleibt eine offene Frage. Ich bin auch eine Sozialwissenschaftlerin, die vor allem aus einer Perspektive der Kritischen Theorie argumentiert, aber natürlich kann das nicht auf dieser Ebene bleiben. Ich persönlich finde das mittlerweile auch frustrierend. Wenn wir wissen, dass der Handlungsdruck so groß ist, dann ist es wichtig, auch eine Perspektive einzubringen, in welche Richtung es funktionieren kann und was denn Kriterien für eine erfolgreiche Transformation sind. Wie könnte sie aussehen und was wären Beschleunigungsmöglichkeiten? Dazu sehe ich auch die Transformations- und Umweltgerechtigkeitsforschung aufgerufen. Auch wenn ich selber immer vertrete, dass eine Kritik an der aktuellen, teilweise ja krisenverschärfenden Transformationspolitik ein

ganz wichtiger Punkt ist. Es ist zentral, diese Kritik möglichst detailliert formulieren zu können. Trotzdem braucht es auch einen Push. Wir haben jetzt ein paar Mal auf Lützerath verwiesen, weil das in diesen Wochen so präsent ist. Da finden sich sehr viele Aktivist:innen zusammen, die auch daraus motiviert werden, dass es Kritik gibt an der Transformationspolitik, die problemverschärfend ist. Das ist ein guter Effekt. Trotzdem braucht es noch stärkere Beiträge, auch aus der Umweltgerechtigkeitsforschung – nicht nur mit Perspektiven auf Ungerechtigkeit, sondern mit Perspektiven auf Gerechtigkeit, um eine Transformation realisieren zu können.

JH: Ja, wie lässt sich Transformation realisieren? Wie kommen wir dahin? Was häufig fehlt, sind Vorschläge, konkrete Utopien und Wege. Wie kommen wir zu einer gerechten Transformation. Wie kann das aussehen in einer Gesellschaft, die demokratische Strukturen aufweist, die Teilhabe ermöglicht und gewisse materielle Mindeststandards erfüllt, in der Ungerechtigkeiten und Diskriminierungen nicht mehr vorkommen sollen. Das fehlt mir häufig. Das liegt vielleicht auch in der Sozialisation. Mir persönlich fehlt grundsätzlich die Fähigkeit, mir vorstellen zu können, wie man überhaupt soweit kommen kann. Wenn ich Dinge zu Postwachstum oder so lese, dann denke ich: »Okay, das mag vielleicht ein schönes Ziel sein«, aber mir fehlt eben ein Weg der irgendwie aufzeigt: Wie kommen wir denn dahin? Und es gibt natürlich gerade von Seiten der Postwachstums-Aktivist:innen und Wissenschaftler:innen in dem Bereich auch eine ganze Reihe von Vorschlägen mit verschiedenen Schritten, wie man bestimmte Teile der Gesellschaft, also bestimmte Teile der Wirtschaftsordnung wieder dekommodifiziert. Im Gesundheitsbereich, im Bildungsbereich, da sind wir glücklicherweise in Deutschland nie zu einer vollen Kommodifizierung gekommen, im Vergleich zu dem angelsächsischen Raum bspw. Aber ich kann es tatsächlich nicht durchdenken, also mir persönlich fehlt einfach die Kreativität, um mir konkrete Wege des Wandels vorstellen zu können.

SB: Dazu hätte ich zwei Punkte beizutragen. Ich glaube, es scheitert nicht an der Kreativität, sondern daran, bestimmte Schalter umzuwerfen. Wir sind in einer bestimmten Weise sozialisiert, die mit Fortschritt und Entwicklung verbunden ist. Allein schon unsere wissenschaftliche Qualifikation folgt ja der Idee: »Das Anhäufen von Wissen führt uns zum Ziel.« Das ist eine Fortschritts-idee. Aber ich sehe unsere Aufgabe eher darin, als Sozialwissenschaftler:innen die Zusammenhänge mit Blick auf Gerechtigkeit und mit Blick auf Freiheitsvorstellungen zu erklären. Zurzeit wird viel darüber gestritten, ob es Verbote

geben soll. Das ist eigentlich eine Freiheitsdiskussion. Und was bedeuten denn Entscheidungsfreiheiten in der Klimakrise, wenn wir vorschlagen: »Diese Entscheidungsfreiheit soll individualisiert werden«. Das heißt »Okay, dann gibt's Emissionsbudgets, die für jeden Menschen gleich sind – drei Tonnen im Jahr, damit kann jeder machen, was er oder sie will.« Das ist eine bestimmte Vorstellung von Freiheit, die individualisiert wird. Ich meine, es ist unsere Aufgabe das auszubuchstabieren. Was sind die Konsequenzen der Idee, Freiheit eher kollektiv zu verstehen? Dann braucht es eine ganz konkrete Vorstellung, wie Gesamtbudgets auf nationaler Ebene oder internationaler Ebene organisiert werden, damit man zu einem bestimmten Emissionsreduktionsziel kommt. Und das ist wieder so eine Idee von Quantifizierung der Problemlösung, die eine große Rolle spielt, weil sie von vielen Akteur:innen verstanden wird. Aber was bedeutet das in der Konsequenz, bestimmte Gerechtigkeitsverständnisse und Freiheitsbegriffe damit zu verbinden? Das müsste die Umweltgerechtigkeitsforschung eigentlich stärker leisten.

Ich halte es für sehr wichtig, dass wir realisieren, in der Transformationsforschung nicht bei Null zu starten. Das, worauf wir uns immer beziehen mit der Transformationsforschung, ist ursprünglich eine Ex-post-Analyse gewesen, eine Wirkungsbeobachtung von Maßnahmen. Karl Polanyi wollte verstehen, wie aus sozialistischen Idealen faschistische Regime entstanden sind und hat dabei den Begriff »Große Transformation« geprägt. Und jetzt versuchen wir als Transformationsforscher:innen, die Transformationen der Zukunft zu denken. Diese unterschiedlichen Perspektiven auf Wandel könnte aus meiner Sicht stärker verbunden werden. Also: Was lernen wir aus zurückliegenden Transformationen? *Degrowth* heißt ja nicht nur: Ich muss Wachstum zurückdrehen und etwas verlieren, sondern stellt die Frage nach dem Sinn von Wachstum und Reichtum. Geht es dabei nur um monetäre oder auch um andere Formen von Wachstum? Ich selbst betrachte es als Verlust, dass ich bestimmte Dinge auf der Straße nicht mehr machen kann. Ich bin aufgewachsen, als Eltern noch zu Kindern gesagt haben: »Geht mal raus auf die Straße spielen, ihr nervt in der Wohnung.« Auch Wachstum kann mit Freiheitsverlust verbunden sein. Es ist ein Freiheitsverlust, dass bestimmte Dinge nicht mehr praktiziert werden können – in diesem Fall wegen wachsendem, motorisiertem Individualverkehr. Es gibt auch eine Diskussion, die ich sehr anregend finde, die eher aus einer queer-theoretischen Perspektive kommt, die sich mit *backwardness* beschäftigt. Hier geht es darum zu verstehen, wie konstruktiv ein Rückblick sein kann, ein Zurücknehmen und dass ein Zurückwenden nicht nur als Verlust zu begreifen ist. In der queer-Theorie und in

der Kunstproduktion ist auch *futurity* eine wichtige Perspektive. Der Begriff steht dafür, Zukunft nicht nur als einen Zeitpunkt zu verstehen, wo wir alle Krisen bewältigt haben, sondern Zukunft auch als einen Möglichkeitsraum zu verstehen, indem etwas Anderes entstehen kann und nicht nur reaktive Krisenbewältigung bedeutet.

SK: Kirsten Hastrup hat uns schon 2012 aufgefordert den Klimawandel auch als *imaginative resource* zu verstehen.

SB: Aber nicht nur der Klimawandel, es gibt auch andere Dinge, die wir in Zukunft brauchen. Es braucht nicht nur Antworten auf die Frage: Wie retten wir uns aus der Klimakrise?

SK: Ich sag mal, sozialökologische Krise als imaginative Anregung und eben nicht als ein *zurück zu irgendwas*, sondern eher als *was ganz Neuem, was ganz anderes*, was wahrscheinlich auch nicht außerhalb des Kapitalismus liegen wird, wenn wir realistisch bleiben.

SB: Aber auch der Kapitalismus hat nicht immer so ausgesehen, wie er heute aussieht. Das Getriebensein durch Aktiengesellschaften, die alles durchdringen, sogar den Wohnungsmarkt, das ist nicht immer so gewesen.

SK: Genau, es gibt auch andere Möglichkeiten. Andere Räume und andere Organisationsformen, z.B. *commons* war eine ganz gängige Organisationsform von Gesellschaft. Auch hier in Deutschland, wenn wir an die Allmende-Weide Kultur und gemeinsame Viehwirtschaft denken oder ähnliches.

JH: Ja, und auch wenn wir an die unterschiedlichen Ausprägungen allein des Kapitalismus selber denken, sehen wir, dass da eine ganze Menge Spielraum ist, wenn man vergleicht, wie bestimmte Dinge organisiert werden. Seien es Dienstleistungen wie im Bildungsbereich, die hier meist noch staatlich organisiert sind und nicht kommodifiziert sind und in den USA oder in Großbritannien eine ganz andere Organisationsform aufweisen. Und da frage ich mich, nachdem wir uns ein bisschen mit der Gewerkschaftsliteratur zu *just transition* beschäftigt haben, ob diese Situation, dass wir eigentlich in Westeuropa immer noch einen relativ starken Wohlfahrtsstaat haben, ob das nicht auch was sein könnte, was letztendlich bei Transformationsprozessen helfen könnte. Weil dadurch Zielkonflikte abgefedert werden können. Man kommt natür-

lich um Zielkonflikte nicht herum. Das ist glaube ich auch eine wichtige Erkenntnis, die auch in den Beiträgen deutlich wird, aber dass es dadurch zumindest die gesellschaftlichen Wege zur Umverteilung gibt.

SK: Aber was wir momentan sehen, ist ja eher etwas anderes, oder?

JH: Genau, das ist etwas anderes, aber ich sehe, dass das Potenzial theoretisch da ist.

SK und JH: Herzlichen Dank, liebe Sybille. Das hat sehr viel Spaß gemacht!

